

# Im Osten was Neues: Die Erweiterungsperspektiven der Europäischen Union

## Resümee der Veranstaltung vom 7. und 8. Juni 2023



Martin Koopmann



Emmanuel Cohet

## Begrüßung

»Wir sind alle Getriebene der aktuellen Entwicklung in der Ukraine.« **Martin Koopmann**, geschäftsführender Vorstand der Stiftung Genshagen, betonte in seiner Begrüßungsrede, dass das ursprüngliche Ziel des Genshagener Forums – über europäische Zukunftsthemen zu diskutieren – zunehmend schwierig zu erreichen sei. Die 11. Ausgabe des Genshagener Forums für deutsch-französischen Dialog sei seit dem 24. Februar 2022 die zweite Ausgabe nach neuer Zeitrechnung. In der Folge des Kriegsausbruchs »stochern wir alle im Nebel«, so Koopmann. Auch Deutschland und Frankreich hätten noch nicht zu einer wirksamen, gemeinsamen Rolle in dieser neuen Situation gefunden. In diesem Kontext sei es wesentlich, über das tagespolitische Geschehen einen Blick hinauszuerwerfen und

sich zu fragen, wie die Erweiterungspolitik zur politischen Stabilität in Europa beitragen könnte.

Auf **Martin Koopmann** folgte **Emmanuel Cohet**, Gesandter der französischen Botschaft in Deutschland. Er unterstrich, dass – insbesondere im Rahmen des diesjährigen 60. Jubiläums des Elysée-Vertrags – das Format des Forums ein guter Anlass für die Vertiefung der deutsch-französischen Beziehungen sei. »In Paris wie in Berlin sind wir überzeugt, dass wir nur gemeinsam als Deutsch-Franzosen und vor allem als Europäer die neuen Herausforderungen meistern werden«, hob Cohet hervor. Eine Destabilisierung der EU-Nachbarländer solle nicht geduldet werden. Dies setze voraus, dass die europäische Außenpolitik gemeinsam überdacht werden müsse.



v.l.n.r. : Dominique Reynié, Martin Koopmann, Heinrich Wefing



Marta Barandiy

## Blick auf die aktuellen politischen Ereignisse in Deutschland und Frankreich

Wie sehr sich die politische Lage in Frankreich ein Jahr nach der Wiederwahl von Emmanuel Macron und der neuen Konstellation der Nationalversammlung verändert hat, verdeutlichte **Dominique Reynié**, Direktor der Fondation pour l'innovation politique. Die Schwächung der traditionellen Parteien und die hohen Wahlenthaltungen seien zwar schon seit mehreren Jahren existierende Tendenzen; es sei dennoch erstmalig so, dass keine Partei über eine Mehrheit im Parlament verfüge. Aus institutioneller Perspektive sollte diese Lage theoretisch keine Schwierigkeiten bereiten. Da aber Frankreich im Vergleich zu Deutschland nicht von einer parlamentarischen Kultur geprägt sei, waren die gewählten Abgeordneten nicht darauf vorbereitet, wie sie mit dieser Situation umgehen sollten. Dieses Wahlergebnis habe insofern eine tiefgreifende, politische Krise hervorgerufen.

Die traditionelle deutsche parlamentarische Kultur sei zurzeit durch die strukturellen Probleme der Ampelkoalition sehr belastet, erwähnte seinerseits **Heinrich Wefing**, Ressortleiter Politik Die ZEIT. Der Krieg habe zwar teilweise zu einer unglaublichen Leistung der Regierung geführt, die Deutschlands Abhängigkeit von Energielieferungen aus Russland deutlich verringerte. Dennoch destabilisierten innerparteiliche Machtkämpfe und zahlreiche Herausforderungen die deutsche Innenpolitik. Dies sei ein Grund für den derzeitigen Erfolg der AfD.

## Keynote

»Unser Volk stirbt für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte.« Das Streben der ukrainischen Gesellschaft nach Europas Unterstützung unterstrich **Marta Barandiy**, Präsidentin und Gründerin von Promote Ukraine, mit schlagkräftigen Worten. Der russische Imperialismus kenne keine Grenzen und er sei nicht nur während der Annexion der Krim und des Krieges in Georgien überwältigend gewesen. Durch gezielte Propaganda und Lobbyarbeit übe Russland weiterhin unauffällig seinen Einfluss auf ganz Europa aus. »Wir müssen dafür sorgen, dass Europa dieses Mal nicht wieder geblendet wird«, erklärte **Marta Barandiy**. Das Ziel der Ukraine sei klar erkennbar: Einen schnellen EU-Beitritt zu gestalten.

## Diskussion – Die Europäische Union und die Unterstützung der Ukraine

**Jean Quatremer**, Journalist bei Libération, beschrieb, wie die Länder der EU, allen voran Deutschland aber auch Frankreich, die Ukraine wahrgenommen haben. Bis zum 24. Februar 2022 habe man sich nicht für die Ukraine interessiert, sie sogar mit anderen osteuropäischen Ländern verwechselt und die Positionen der osteuropäischen Länder in Bezug auf Russland vernachlässigt. Selbst nach der Annexion der Krim habe Deutschland an Nordstream 2 festgehalten, eine Abhängigkeit von Russland sei entstanden. Laut **Quatremer** hätten die nach dem Angriff auf die Ukraine im Jahr 2022 verhängten Sanktionen schon 2014 erfolgen sollen.



v.l.n.r. : Marta Barandiy, Victor Delage, Linn Selle, Jean Quatremer



v.l.n.r. : Florent Marciacq, Theresia Töglhofer

Ein Jahr nach dem Beginn der Aggression habe sich allerdings die europäische Politik tiefgreifend gewandelt. »Der russische Aggressor hat uns bewusst gemacht, dass unsere kollektive Existenz bedroht ist«, erinnerte **Jean Quatremer**. Die EU habe durch die Waffenlieferungen an die Ukraine und Sanktionen als erste politische Vereinigung reagiert. Diese Entscheidungen führten zu einer immer stärkeren Asymmetrie zwischen der Ukraine und Russland. Während die Ukraine militärische Unterstützung von der EU und den USA bekomme, sei Russland nicht mehr in der Lage, seine Waffen selbst zu produzieren. Die aus anderen Ländern gekauften Waffen seien von immer schlechterer Qualität. Vor allem aber habe Russland einen großen Teil seiner intellektuellen Klasse verloren: Viele Bürger\*innen seien vor der Teilnobilisierung ins Ausland, z. B. nach Georgien, geflüchtet, so **Quatremer**.

Angesichts dieser »Zeitenwende« beschrieb **Linn Selle**, Präsidentin der Europäischen Bewegung Deutschland e. V., den Gefühlsprozess von Europäer\*innen nach dem Kriegsausbruch, welche Scham und Hilflosigkeit empfänden. Ein EU-Beitritt der Ukraine sei für sie ein wichtiges Herzensprojekt, der Integrationsprozess bleibe aber sehr holprig. Die Kriegsschäden, die Wirtschaftsschwäche, die Korruption, aber auch der Krieg selbst behinderten eine schnelle Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union. »Trotz des Krieges« sei für **Linn Selle** »bemerkenswert, dass man sich in der Ukraine noch aktiv mit Antikorruption beschäftigt« und dass »die Dezentralisierung weiter vorangeht«.

## Regards croisés Deutschland-Frankreich – Erweiterung: Wo stehen wir heute?

Die deutsche und französische Position zur Erweiterung der EU wurden von **Theresia Töglhofer**, Projektleiterin in der Stiftung Genshagen, und **Florent Marciacq**, Co-Leiter der Balkan-Beobachtungsstelle der Fondation Jean-Jaurès, hervorgehoben. Deutschland spiele schon seit Jahren eine zentrale Rolle im Bereich der Erweiterungspolitik und wolle Blockaden zwischen den EU-Mitgliedern durch unterschiedliche Formate (z. B. Berliner Prozess 2014) überwinden. Die aktuelle »Zeitenwende« solle den Beitritt der Westbalkan-Staaten beschleunigen. Laut **Töglhofer** habe Deutschland seine Bemühungen in der Sicherheitspolitik in Serbien und Kosovo intensiviert. Eine Erweiterung der EU sei aber von einer Reform des Entscheidungsprozesses untrennbar und solle einen bestimmten Zeitplan verfolgen. Aus ihrer Perspektive »muss es wieder eine klare Beitrittsperspektive geben, um wahren Wandel anzuschieben«.

Hingegen sei in Frankreich die Frage der Erweiterung mit deutlichen Spannungen verbunden, erinnerte **Florent Marciacq**. »Für die Franzosen war die Erweiterung von 2004 ein starker Verlust an politischem Einfluss.« Vor diesem Hintergrund habe Frankreich sehr lange die Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien zum Stocken gebracht und habe folglich bevorzugt bilaterale Kooperation mit den Ländern dieser Region verstärkt. Nach dem Kriegsausbruch habe sich die französische Meinung aber tiefgreifend verändert. Frankreich unterstütze mittlerweile aktiv die Erweiterungspolitik, um eine politische Vertiefung der EU-Institutionen herbeizuführen.



v.l.n.r. : Romain Le Quiniou, Lukáš Macek, Kai-Olaf Lang



v.l.n.r. : Sylvain Kahn, Catalina Cullas, Romain Le Quiniou, Lukáš Macek, Kai-Olaf Lang

## Panel – Die EU-Erweiterungspolitik: Europäische Solidarität oder geopolitische Notwendigkeit?

Seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine reformiere die EU ihre Position zur Erweiterungspolitik tiefgreifend. »Das Thema Ukraine hat die Erweiterung wieder auf die Tagesordnung gesetzt«, erklärte **Lukáš Macek**, Head of the Centre Grande Europe des Instituts Jacques Delors. Ob dieser Wendepunkt eine europäische Solidarität auslöse, oder eine geopolitische Notwendigkeit darstelle, wurde im Rahmen des Panels diskutiert.

»Die klassische Erweiterungspolitik war im Grunde Homogenisierungs- und Ordnungspolitik«, so **Kai-Olaf Lang**, Senior Fellow in der Stiftung Wissenschaft und Politik. In der Vergangenheit sei eine Konvergenz mit Einbindung der Nachbarstaaten angestrebt worden. Im Gegenteil dazu sei die heutige Erweiterungspolitik eine Frage der Sicherheitspolitik sowie eine Frage der Transformation und Reform der EU selbst. Aus dieser Perspektive war es für **Catalina Cullas**, Beauftragte für die Beziehungen zu den Mitgliedstaaten der EU und der EU-Außenbeziehungen im Auswärtigen Amt, offensichtlich, dass geostrategische Interessen hinter der neuen Position der EU stünden. Der Krieg habe neue, unerwartete Dynamiken im Erweiterungsprozess ausgelöst und die Mitgliedstaaten hätten am Anfang des Krieges ihre Bedenken zurückgestellt. Allerdings werde mittlerweile wieder deutlich, dass es weiterhin unterschiedliche Positionen zum Thema Erweiterung und Erweiterungsmöglichkeiten gebe. Ein Zugpferd in der EU sei notwendig, um alle Ansichten zu koordinieren.

**Sylvain Kahn**, Professor bei Sciences Po Paris, machte deutlich, dass Solidarität unabdingbar für den europäischen Einigungsprozess sei. Die Dauer bzw. die Verzögerungen des Prozesses könnten jedoch gegenteilige Effekte erzielen und noch mehr Frust und Verzweiflung verursachen. Angesichts der geopolitischen Umwälzungen solle ein gradueller Beitrittsprozess dieser Länder in Erwägung gezogen werden. **Kahn** erwähnte, dass es innerhalb der EU und unter den Mitgliedstaaten unterschiedliche Integrationsstufen gebe, die als mögliche Lösungsansätze für die Kandidatenländer betrachtet werden sollten.

## Workshop 1 – Vom Westbalkan bis zur Ukraine: Welches Tempo braucht die Erweiterung?

### **Input:**

#### **Florent Marciacq**

stellvertretender Generalsekretär, Österreichisch-Französisches Zentrum für Annäherung in Europa, Wien, und Co-Leiter der Balkan-Beobachtungsstelle, Fondation Jean-Jaurès, Paris

#### **Kataryna Wolczuk**

Professorin, College of Europe und University of Birmingham

### **Rapporteurin:**

#### **Laure Delcour**

Dozentin, Université Sorbonne Nouvelle, und Visiting Professor, College of Europe

### **Moderation:**

#### **Marie Krpata**

wissenschaftliche Mitarbeiterin, Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa), Institut français des relations internationales, Paris

#### [Abschlusspapier 1](#)

## Workshop 2 – Erweiterung oder Vertiefung? Die EU auf die Integration neuer Mitglieder vorbereiten

### **Input:**

#### **Sylvain Kahn**

Professor, Sciences Po, Paris

#### **Thu Nguyen**

Senior Policy Fellow, Jacques Delors Centre, Berlin

### **Rapporteur:**

#### **Daniel Göler**

Professor, Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Politik, Universität Passau

### **Moderation:**

#### **Jeanette Süß**

wissenschaftliche Mitarbeiterin, Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa), Institut français des relations internationales, Paris

#### [Abschlusspapier 2](#)



v.l.n.r. : Jeanette Süß, Daniel Göler, Thu Nguyen, Sylvain Kahn



v.l.n.r. : Marc Fornacciari, Mathilde Tchounikine, Inna Melnykovska

## Workshop 3 – Wirtschaftliche Transformation und Beitrittsperspektiven: Welche Zukunft für die Ukraine?

### **Input:**

#### **Grégoire Dattée**

Managing Partner, Mazars Ukraine, Kiew

#### **Marc Fornacciari**

Anwalt, Dentons, Paris, und Mitglied des wissenschaftlichen Evaluierungsbeirats, Fondation pour l'innovation politique, Paris

#### **Stefan Kägebein**

Regionaldirektor Osteuropa, Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e. V., Berlin

### **Rapporteurin:**

#### **Inna Melnykovska**

Assistant Professor, Central European University, Wien

### **Moderation:**

#### **Mathilde Tchounikine**

Referentin, Fondation pour l'innovation politique, Paris

#### [Abschlusspapier 3](#)



Anne de Tinguy (digital zugeschaltet)



v.l.n.r. : Thielko Griebß, Susan Stewart

## Panel – Europa - Russland: Perspektiven einer komplexen Beziehung

»Die Beziehung zwischen Russland und der EU ist ein Trümmerfeld.« So beschrieb **Anne de Tinguy**, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Centre de recherches internationales (CERI), den Paradigmenwechsel, der nach dem Beginn des Krieges geschehen sei. Die am Ende des Kalten Krieges zwischen Russland und Europa begonnene Zusammenarbeit sei am 22. Februar zerstört worden.

Die deutsche Strategie »Wandel durch Handel« und die französische Hand, die von Emmanuel Macron nach Russland ausgestreckt wurde, hätten dazu geführt, dass man zu lange das Inakzeptable akzeptiert habe. In der Tat sei 2022 nicht der erste russische Krieg und die früheren Konflikte (Krim-Krise, Georgien-Krieg etc.) seien von Europa nicht 100prozentig ernst genommen worden. Sanktionen und Waffenlieferungen seien zwar von den Mitgliedstaaten rasch entschieden worden; eine von der EU klar definierte Politik sei jedoch zurzeit nicht erkennbar.

Umso bedeutender sei in diesem Kontext eine Konvergenz der Ansichten und Entscheidungen in Europa, die sich in einem »Weimarer Dreieck Plus Format« widerspiegeln würde. Deutschland, Frankreich und Polen könnten sich mit potenziellen Partnern wie Tschechien oder Litauen verbünden, um sich gemeinsam auf einen langen Konflikt vorzubereiten. Aus **Anne de Tinguy**s Sicht sei ein Frieden mit Putin unmöglich. **Susan Stewart**, Senior Fellow in der Stiftung Wissenschaft und Politik, stimmte dieser Aussage grundsätzlich zu und ergänzte, dass der Präsi-

dent der Russischen Föderation kein Interesse habe, den Krieg zu beenden. »Es sei denn, es kommt zu einer totalen Niederlage.« Eine Versöhnung zwischen Russland und der Ukraine sei nur unter der Bedingung einer Kehrtwende der russischen Politik möglich.

## Auswertung der Workshops mit den Rapporteur\*innen und Ab- schlussdiskussion - Welcher Fahr- plan für die Erweiterungspolitik?

In der Abschlussdiskussion wurden erneut konkrete Vorschläge für eine Erweiterungspolitik vorgestellt. Für **Laure Delcour**, Dozentin an der Université Sorbonne Nouvelle, bietet der Erweiterungsprozess die Gelegenheit, grundlegende Reformen umzusetzen. Dabei könne man unter anderem die Bürgereinbindung vorantreiben, die qualifizierte Mehrheit im Rat der Europäischen Union erweitern und den Beitrittskandidaten konkrete Deadlines setzen. **Daniel Göler**, Professor am Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Politik an der Universität Passau, betonte, dass die Erweiterung mit neuen institutionellen Herausforderungen verknüpft sei, allerdings nicht zwingend eine Vertragsänderung benötige. Das allgemeine Verständnis der europäischen Werte zwischen der EU, den Beitrittskandidaten und den Mitgliedstaaten sei unentbehrlich, genauso wie die Verstärkung einer Wertegemeinschaft, die eine klare und abgestimmte Definition von Demokratie widerspiegele. **Frédéric Petit**, Abgeordneter der französischen Nationalversammlung, unterstrich, dass die EU sich in der Tat durch die »Verteidigung der gemeinsamen Werte« stärker als Friedensgarant in den Ländern des Westbalkans einsetzen müsse.



v.l.n.r. : Marie Augère, Laure Delcour, Daniel Göler, Inna Melnykovska, Jens-Christian Gaedtke



v.l.n.r. : Frédéric Petit, Thomas Hagleitner (digital zugeschaltet)

**Inna Melnykovska**, Assistant Professor an der Central European University, ergänzte, dass ein EU-Beitritt der Ukraine über die politische Dimension hinaus auch eine wirtschaftliche Chance für Europa darstellen könne. Wichtig sei, dass eine starke und dynamische »Wirtschaft ein Teil des Sieges gegen Russland wird«. Dennoch beruhe die Glaubwürdigkeit des Erweiterungsprozesses auf »klaren gemeinsamen Regeln«, so **Thomas Hagleitner**, Leiter des Referats »Westbalkan – Politik & Regionalstrategie« in der Europäischen Kommission. **Jens-Christian Gaedtke**, Leiter des E-Stabs im Auswärtigen Amt, betonte schließlich, dass die deutsch-französische Zusammenarbeit sowohl beim Thema Erweiterung als auch beim Thema Reformen unerlässlich sei. Die Kontakte zwischen Frankreich und Deutschland zu diesem Thema seien zahlreich und die Beziehung eng. »So muss es einfach weitergehen, so kommen wir voran in Europa«, so **Gaedtke**.

In Zusammenarbeit mit:



Mit Unterstützung von:



© Stiftung Genshagen 12/2023

**Das Organisationsteam**

Marie Augère  
Guillaume Ohleyer  
Pauline Zapke  
Macha Gharbi

**Projektleiter**

Guillaume Ohleyer  
+ 49-3378-8059-37  
ohleyer@stiftung-genshagen.de

✕ @SGenshagen  
f @StiftungGenshagen  
@stiftunggenshagen  
@stiftunggenshagen.bsky.social

Unsere Stifter:

